Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Zur innenpolitischen Lage

In den vergangenen Wochen hat ein Problem die schweizerische öffentliche Meinung in besonders starkem Maße beschäftigt. Es betrifft die Einstellung der Gewerkschaften zu den grundsätzlichen Postulaten des Sozialismus. Bekanntlich hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz noch während des Krieges in ihrem Programm «Die neue Schweiz» die sozialistischen Grundforderungen in eindeutiger Weise als Grundlage ihres Programms bestätigt. Ausgehend von einer Einstellung, welche das Unternehmertum, also die verantwortlichen Leiter wirtschaftlicher Unternehmungen, gewissermaßen als Schmarotzer hinstellte, als Leute, welche nichts anderes bezweckten als die Ausbeutung des Arbeiters, wurde ein Programm der Vergesellschaftung, der Verstaatlichung, kurz des Kollektivismus aufgestellt, welches die fundamentalen Grundsätze des Marxismus in kaum gemilderter Form heraufbeschwor. Dieses Programm sollte, kaum war der Krieg zu Ende, mit Beschleunigung in die Tat umgesetzt werden. Allein die Entwicklung zeigte bald ein anderes Bild. Die große Verstaatlichungsbewegung, welche im geschwächten Ausland der Nachkriegszeit einsetzte, und die im wesentlichen Westeuropa, unsern südlichen Nachbarn und Skandinavien erfaßte, erwies sich bald als ein großer Fehlschlag. Besonders in Frankreich zeigte es sich, daß die verstaatlichten Betriebe im Vergleich zu den Betrieben der Privatwirtschaft unrationell arbeiteten, so daß gewaltige Defizite entstanden, welche den Staat über Gebühr belasteten. Vor allem aber ergab sich, daß der sozialistische Arbeiter sich keineswegs etwa von jenem besonderen Gefühl der Verantwortung gegenüber einem Betrieb der Gemeinwirtschaft leiten ließ, das man von ihm, als einem Anhänger der marxistischen Lehre, eigentlich hätte erwarten sollen. Streikbewegungen am laufenden Band kennzeichneten die Anlaufperiode der verstaatlichten Betriebe, und es stellte sich alsbald heraus, daß die Unternehmungen der Privatwirtschaft gerade auch in dieser Beziehung bedeutend besser abschnitten. Bekannt ist ferner, daß die Belastungen, welche sich für den Staat aus der Gemeinwirtschaft ergaben, den öffentlichen Haushalt durcheinander brachten und die Position der betreffenden Länder in bezug auf ihre Währung einer andauernden Gefährdung aussetzten, wie man es, außer in Frankreich, beispielsweise in England und in Schweden erlebt hat und dauernd erlebt.

Es ergab sich unter dem Eindruck solcher Erfahrungen, daß in jenen Ländern, welche von der Verstaatlichungswelle nicht erfaßt worden waren, bald eine deutliche Ernüchterung eintrat. Gleichzeitig setzte sich in den Kreisen der Arbeiterschaft immer mehr die Überzeugung durch, daß der wirkliche Erfolg eines Betriebes doch zu einem wesentlichen Teil der Leistung des Unternehmers zuzuschreiben sei. Ausgehend von dieser Erkenntnis war der Schritt nicht mehr weit zu der Überlegung, die sich dann auch in der Arbeiterschaft immer mehr festigte, daß die Persönlichkeit des Unternehmers in der Organisation des Betriebes und in der Planung der Produktion selbständig bleiben müsse, also nicht zu behindern sei. Das ist wohl der Grund, weshalb die Bewegung auf Einführung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter an der Leitung des Betriebes, welche in besonderem Maße in Westdeutschland in Fluß gekommen war, in unserem Lande nur wenig Fuß faßte. Jedenfalls läßt sich also sagen, daß die programmatischen Forderungen der «Neuen Schweiz» wesentlich auf dem Papier blieben, weil sie in den Kreisen der Arbeiterschaft selbst keinen guten Boden fanden — ganz abgesehen davon, daß die überwiegende Mehrheit unseres Volkes für solche Experimente von vornherein nicht zu haben war.

Man kennt die engen Beziehungen, welche unsere Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei verbinden. Die Intensität dieser Beziehungen zeigt sich in besonderem Maße in Wahlzeiten, wo die Sozialdemokratische Partei jeweils auf die volle Unterstützung durch die Gewerkschaften rechnen kann, was deswegen ins Gewicht fällt, weil diese über eine gewaltige ideelle, aber auch materielle Macht verfügen. Es mußte deshalb besonderes Aufsehen erregen, als der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Arthur Steiner, der auf einer sozialdemokratischen Liste des Kantons Bern in den Nationalrat gewählt worden ist, sich im Rahmen einer Vortragswoche für die Verbandssekretäre des «Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes» in einer Weise mit den Grundproblemen der Wirtschaftspolitik befaßte, welche nicht anders als eine völlige Abkehr von den Auffassungen gedeutet werden kann, wie sie im Programm der «Neuen Schweiz» niedergelegt sind. Es ist dabei zu bedenken, daß dieses Programm nach wie vor zum offiziellen Rüstzeug der Sozialdemokratie gehört. Bis heute ist es von der Partei in keinem Punkte widerrufen worden. Die Abkehr von diesen tragenden Grundsätzen des Sozialismus, welche der Präsident des Gewerkschaftsbundes in seinen Ausführungen vollzogen hat, beeindruckt um so mehr, als nicht nur die Sozialdemokratische Partei als solche, sondern auch einzelne Gewerkschaftsverbände, wie der «Bau- und Holzarbeiterverband» und der «Verband des Personals öffentlicher Dienste» (VPOD), welche, wie auch der «Textil- und Fabrikarbeiterverband», von jener stark links gerichtet waren, in ihren Statuten nach wie vor «die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktions- und Verkehrsmittel» verlangen. In offensichtlicher Anknüpfung an die Erfahrungen, die in der Nachkriegszeit in der Wirtschaft verschiedener europäischer Länder mit der Verstaatlichung von Betrieben gemacht worden sind, erklärte Nationalrat Steiner, zwischen dem System der Verstaatlichung und dem der Privatwirtschaft bestehe hinsichtlich der Mitbestimmung für die Arbeiter kein Unterschied. «Es ist», so fuhr er fort, «ein unverzeihlicher Irrtum zu glauben, der dem Staat gegenüber verpflichtete und verantwortliche Vorgesetzte des Betriebes wäre dem Arbeiter zugetaner als der Vorgesetzte des Privatbetriebes. Es wäre sehr ernsthaft zu überlegen,

ob der reine verstaatlichte Betrieb dem Arbeiter nicht weniger Rechte gibt als ein Privatunternehmen, welches fortschrittlich gesamtarbeitsvertragliche Pflichten eingegangen ist.» Dieser Hinweis des Redners, welcher selbst aus dem «Metall- und Uhrenarbeiter-Verband» hervorgegangen ist, darf wohl als die Konsequenz aus den positiven Erfahrungen gewertet werden, welche die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber der Metall- und Maschinenindustrie unter der Wirkung des bekannten Friedensabkommens gemacht haben. Was das Problem der Verstaatlichung selbst betrifft, erklärte Nationalrat Steiner:

> «Ich glaube, es sei ein großer Schritt, wenn wir die Doktrin abschwören und damit kundtun, daß die Verstaatlichung nicht unser Ziel sei, ein Ziel, das gleich einem Glaubensbekenntnis verwirklicht werden müsse. Vom rein praktischen Boden aus betrachtet nützt es uns auch nichts, diese Doktrin anzubeten, da sie in der Schweiz mit demokratischen Mitteln nicht verwirklicht werden wird. Niemals könnten wir uns vorstellen, daß die Exportindustrie, wie die Maschinen- und Uhrenindustrie, verstaatlicht würde, und das Parlament über deren Gestaltung und Arbeitsweise zu bestimmen hätte. Rückschritt und nicht Fortschritt wäre die Folge. Wer würde unter staatlicher Einflußnahme und Kontrolle es noch wagen, die unerläßliche Forschung in diesen Industrien weiterzuführen, mit dem zweifelhaften Ergebnis, je nach deren Verlauf und Fehlschlägen, die nicht vorausgesehen werden können, in aller Öffentlichkeit angegriffen zu werden? Keiner von uns kann zudem die Endzustände der totalen Verstaatlichung voraussehen, wie sie im totalitären System durchgeführt wurde. Wer will zum voraus wissen, ob sie nicht auch die freiheitlichen Rechte des Arbeiters schließlich tangieren wird und das Recht zur freien Wahl des Arbeitsplatzes und Berufes beschneidet?»

«Die reine Verstaatlichung», so erklärt der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, «ist mit unserer freiheitlichen Auffassung über Wirtschaft und Staat unvereinbar.» Anderseits würden die Gewerkschaften ihre Zuneigung zur freien Machtwirtschaft von deren sozialer Aufgeschlossenheit abhängig machen.

Bemerkenswert sind die Ausführungen des Redners zu den Erfahrungen, welche beispielsweise in Westdeutschland mit dem Mitbestimmungsrecht, also mit der paritätischen Verwaltung gewisser Industrien, gemacht worden sind. Dies betrifft insbesondere die sogenannten «Grundstoffindustrien» (Eisen, Stahl und Kohle), die nach dem Kriege «besitzlos» geworden und in den Gewahrsam des Staates übergegangen sind. Die gesetzliche Parität ist dort dadurch gekennzeichnet, daß die Hälfte der Aufsichtsräte dieser Unternehmungen aus Gewerkschaftern und die andere Hälfte aus Vertretern besteht, welche der Staat bestimmt. Steiner lehnt dieses «Mitbestimmungsrecht» ab, weil eine solche Gemeinwirtschaft den Gewerkschaften die Verantwortung für die Gestaltung des Betriebes, für dessen Tätigkeit und für dessen Fortbestehen überbinden und sie neben ihrer Aufgabe als Interessenwahrer auch zum Arbeitgeber machen würde. Steiner erklärt hiezu:

> «Die Verantwortung für den Betrieb soll beim Arbeitgeber liegen, und die klassische Gewerkschaftsform, derzufolge die Gewerkschaft dem Betrieb gegenüber als Partner bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen austritt, soll man unversehrt lassen.»

Die weitern Ausführungen von Nationalrat Steiner betrafen im wesentlichen das Problem der Vollbeschäftigung und Fragen der Löhne. Als Voraussetzungen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung bezeichnet Steiner die gute Qualität, konkurrenzfähige Preise, interessante Liefertermine, Leistungs- und Liefergarantie, günstige Zahlungstermine und, soweit notwendig, Lieferkredite. «An guten Abschlüssen der Unternehmungen sind auch die Arbeiter interessiert», so sagt er, und er fährt fort:

> «Wer zur Verhütung einer Rückbildung der Konjunktur beitragen will, der muß mit Rücksicht auf das Allgemeininteresse besorgt sein, aus unserem Lande keine Preisinsel zu machen.»

Über das Lohnniveau, speziell in der Maschinen- und Metallindustrie, führt er aus, daß die Stundenlöhne im Jahre 1939 für Berufsarbeiter Fr. 1.48 betrugen, während sie heute unter Einrechnung der Gratifikationen und der Kinderzulagen im Landesdurchschnitt auf Fr. 3.30 angestiegen sind. Für Hilfsarbeiter waren sie im Jahre 1939 Fr. 1.20, für angelernte heute Fr. 2.99 und für Hilfsarbeiter Fr. 2.65. Es ergibt sich somit eine beträchtliche Erhöhung der Reallöhne, was daraus hervorgeht, daß sich die Löhne gegenüber einer Teuerung von 73% im Durchschnitt mehr als verdoppelt haben.

Die Ausführungen des Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes sind in der bürgerlichen Presse von verschiedenen Kommentaren begleitet worden. Mit Recht wurde dabei hervorgehoben, es gälte abzuwarten, wieweit die Auffassungen, die in dem Referat geäußert wurden, von jenen Gewerkschaften übernommen werden, die nicht wie der «Metall- und Uhrenarbeiterverband» in erster Linie einer exportorientierten Branche angehören, sondern mehr auf den Inlandverbrauch eingestellt sind, wo gewisse Erwägungen der Kostenlage nicht die gleiche Rolle spielen. Man wird beifügen, daß es darüber hinaus abzuwarten gilt, wie man in Kreisen der linksgerichteten Gewerkschaften die Ausführungen Steiners aufnimmt. Vollends wird zu erwägen sein, in welchem Sinne die Sozialdemokratische Partei selbst sich dazu stellt, denn solange von dieser Seite aus keine positive Stellungnahme erkennbar ist, wird die Kundgebung in ihrer Wirkung beschränkt sein. Trotzdem handelt es sich um eine bedeutungsvolle Erklärung, die es verdient, vermerkt und festgehalten zu werden.

* * *

In jüngster Zeit hat auch ein weiteres Problem einiges zu reden gegeben, ein Problem, das alle paar Jahre wieder auftaucht: die Frage einer *Vergrößerung der Zahl der Bundesräte.* In nächster Zeit steht nämlich ein Bericht des Bundesrates auf ein Postulat des Solothurner Sozialdemokraten Jacques Schmid in Aussicht, welches die Erweiterung des Bundesrates von sieben auf neun Mitglieder zum Gegenstand hat. An sich ist die Diskussion um die Zahl der Bundesräte recht alt. Im Entwurf zur Verfassung von 1848 war zuerst nur ein Fünfer-Kollegium vorgesehen. Zur Berücksichtigung der föderalistischen Gesichtspunkte entschloß man sich dann aber zu einer Festlegung auf sieben Mitglieder, damit nicht die wichtigsten Kantone — Zürich, Bern, Waadt — die Regierung zu einseitig be-

herrschen würden. Wegen der Anspannung der Bundesräte in ihrer Arbeitskraft tauchte schon im Jahre 1872 die Anregung auf, die Zahl des Kollegiums auf 9 zu erhöhen. Indessen wurde die Vergrößerung, wie übrigens auch die mehrfach postulierte Volkswahl des Bundesrates, in der Volksabstimmung zweimal abgelehnt, nämlich in den Jahren 1900 und 1942. Inzwischen hat sich, seitdem das Postulat Schmid im Jahre 1953 entgegengenommen wurde, verschiedenes geändert. Die Sozialdemokraten haben durch den Rücktritt von Bundesrat Weber, der nach der eidgenössischen Volksabstimmung über die Bundesfinanzreform vom 6. Dezember 1953 erfolgte, ohne daß sie es beabsichtigten, die Türe für den Ausgleich zwischen den Freisinnigen und den Konservativen in der Stärke der Vertretung im Bundesrat geöffnet. Heute sind im Bundesrat die Freisinnigen und die Konservativen mit je 3, die Bauern- und Bürgerpartei mit einem Sitz vertreten. Die Konservativen haben inzwischen die verbindliche Erklärung abgegeben, es sei das Ziel der konservativen Politik, die Parität ihrer Bundesratsvertretung mit der freisinnigen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Diese Erklärung stützt sich offensichtlich auf das Ergebnis der Wahlen vom Oktober 1955, wo der kräftemäßige Ausgleich zwischen den Freisinnigen und den Konservativen bestätigt wurde. Aber die Wahlen ergaben auch das Resultat der Parität der Sozialdemokraten mit jeder der großen bürgerlichen Parteien, und die Lage ist nun die, daß die konservative Absicht, Parität mit den Freisinnigen zu halten, eine Anerkennung auch des sozialdemokratischen Paritätsanspruches in sich schließt, denn gegen den Willen der Sozialdemokraten könnten die Konservativen die Parität mit den Freisinnigen nicht halten. Das ist wohl auch die Erwägung, weshalb man in Kreisen der Konservativen Volkspartei den Anspruch der Sozialdemokraten auf eine Zweiervertretung in verschiedenen Äußerungen anerkannt hat. Nun ergibt sich das weitere, daß im Sinne einer natürlichen Rechnung die Befriedigung des sozialdemokratischen Anspruchs seitens der Konservativen so gesehen wird, daß sowohl sie wie die Freisinnigen auf je zwei Sitze zurückgehen, indem die beiden Parteien den Sozialdemokraten die Parität mit ebenfalls zwei Sitzen einräumen. Da anderseits niemand den Anspruch der Bauern- und Bürgerpartei auf einen Sitz im Bundesrat bestreitet, kommt man auf die Formel 2—2—2—1. In einem Neuner-Bundesrat wäre die paritätische Vertretung in diesem Sinne nicht möglich, und verschiedene Presseorgane, nicht nur solche der Konservativen, haben deshalb der Meinung Ausdruck gegeben, es sei am Siebner-Kollegium festzuhalten. Dies wird, allem Anschein nach, auch das Ergebnis der weitern Debatten sein, die nun in Aussicht stehen.

Militärische Umschau

Welche Neuerungen der Ausbildung bringt das Jahr 1956?

Wiederholungskurse

Das EMD hat für die WK der Jahre 1956—1959 einen Turnus von 4 Jahren mit 4 verschiedenen WK-Typen angeordnet. Den vielen Begehren nach einem eigentlichen Detail-WK Rechnung tragend, dient der neue *Typ A* der systematischen Schulung der Gefechtstechnik von Gruppe, Zug und Einheit, mit Gefechtsübungen im Bataillons- evtl. im Regimentsverband. In diesem Detail-WK müssen den Einheitskommandanten mindestens 12 volle Arbeitstage für die Ausbildung innerhalb der Einheit zur Verfügung stehen, in den anderen WK mindestens 6 Tage. Beim *Typ B* steht die Führerschulung der Einheiten, Bataillone (Abt.) und Regimenter mit Übungen auf Gegenseitigkeit im Vordergrund. Bei den ebenfalls im WK Typ B durchgeführten Feldbefestigungsübungen sind auch die sich aus dem Einsatz von Atombomben ergebenden besonderen Schutzmaßnahmen zu berücksichtigen. Mit den Feldbefestigungsübungen werden vielfach größere Verminungsübungen verbunden. Der *Typ C* ist für Gefechtsschießen im Zug und in der verstärkten Einheit bestimmt, sowie für die Durchführung kombinierter Gefechtsschießen von Infanterie und Artillerie, die Truppe und Führung die Bedeutung der Feuerüberlegenheit vermitteln. Seitdem aus Sparsamkeitsgründen der kombinierte Schießkurs leider nicht mehr durchgeführt wird, kommt diesen kombinierten Scharfschießen im WK vermehrte Bedeutung zu. Im C-WK sollen auch Übungen verstärkter Regimenter auf Gegenseitigkeit durchgeführt werden. Der *Typ D* dient vornehmlich der Führerschulung in Einheit, Bataillon (Abt.) und Artilleriegruppe und wird mit Heereseinheitsmanövern unter Leitung der Korpskommandanten abgeschlossen. Im Vierjahresturnus finden jährlich nur noch 2 Manöver-WK mit 4 Heereseinheiten statt. Die bis dahin schon spärlichen Führungsgelegenheiten für die Heereseinheitskommandanten und ihre Stäbe werden durch diese Neuerung noch seltener. In den drei Jahren 1953—1955 sind neun Manöver mit 18 Heereseinheiten durchgeführt worden; in den vier Jahren 1956/59 werden nur noch acht Manöver mit 16 Heereseinheiten stattfinden. Im Jahre 1956 sind Manöver der 7. und 8. Division, unter Leitung des Kdt. 4. AK, und der Gebirgsbrigaden 10 und 11 unter Leitung des Kdt. 3. AK vorgesehen. In beiden Manövern werden sich somit Parteien gleicher Stärke gegenüberstehen. Da die Manöver nicht mehr innerhalb der Armeekorps durchgeführt werden, sondern zwischen Heereseinheiten verschiedener Korps, ergibt sich teilweise ein willkommener Wechsel der Manövergelände. Die fortschreitende Technisierung der Armee und die Spezialisierung der Wehrmänner bringen es mit sich, daß vielfach die Ausbildung der Spezialisten im Bataillon oder Regiment zusammengefaßt werden muß. Solche Spezialistenkurse, sowie Kurse für die Truppenhandwerker, unter Leitung der Chefs des Materialdienstes der Heereseinheiten, mit Zuzug von Fachpersonal der KMV und der KTA, werden in den WK Typ B und D durchgeführt, damit der Einheitskommandant wenigstens in den WK Typ A und C über alle seine Leute verfügt. So wie die Einheiten und Abteilungen der Fliegerabwehr jedes zweite Jahr den WK als Schießkurs mit Scharfschießen auf Schleppziele durchführen, werden nun auch Schießkurs-WK im Vierjahresturnus für die Panzerabwehrkp., die Pak-Kp., die Panzer- und die Panzerjägerabt. durchgeführt.

Infanterie und Leichte Truppen

Bei der Infanterie und den Leichten Truppen erfolgt die Einführung von Infrarot-Geräten für die Beobachtung bei Nacht. In den Flab-Schießkursen der Infanterie werden die letzten Flabkp. der Auszugsregimenter auf die neue 20-mm-Flab-Kanone 54 umgeschult. Bei den Leichten Truppen nehmen die Leichten Panzerabteilungen erstmals am WK kombinierter Regimentsgruppen teil. Die Zusammenarbeit zwischen Infanterie (Leichten Truppen) und Panzern ist durch sorgfältig vorbereitetes Gefechtsexerzieren zu schulen, in der Regel auf der Stufe des Bataillons, mit einer zugeteilten Panzerkp. Um die Truppe auf möglichst breiter Basis mit der Zusammenarbeit Infanterie/Panzer vertraut zu machen, werden solche Gefechtsexerzieren für nicht zum Einsatz gelangende Truppen mit Vorteil als Demonstration durchgeführt. Da die Übungsmöglichkeiten mit Panzern begrenzt sind und zeitraubende Vorbereitungen verlangen, empfehlen die Weisungen des EMD, in einem geeigneten Gelände mit mehreren Verbänden die gleichen Übungen im Wechsel, unter dem gleichen Übungsleiter, durchzuführen. Für solche Übungen können die Waffenplätze Chur, St. Gallen-Breitfeld, Frauenfeld, Thun und Bière benützt werden. Die Wahl freien Übungsgeländes hat mit Rücksicht auf den erheblichen Landschaden in Verbindung mit dem zuständigen Feldkommissär zu erfolgen. Beim Einsatz von Panzern in kombinierten Scharfschießen ist vor allem die direkte und mitrollende Feuerunterstützung zu schulen, unter besonderer Berücksichtigung der Verbindung in der Bewegung. Sofern die eidgenössischen Räte der Aufstellung mittlerer Panzerabteilungen mit Centurion-Panzern zustimmen, soll im Spätherbst ein sechswöchiger Umschulungskurs für die Panzerabteilung 12 durchgeführt werden. Umgekehrt sollen die drei Motorradfahrerbat. der Leichten Brigaden und drei Panzerjägerkp., deren Auflösung beantragt ist, 1956 nicht mehr zum WK einberufen werden. Die Panzerjägerabt. werden bereits im WK 1956 zu einer Stabskp. und drei Panzerjägerkp. mit je 12 Panzerjägern (bisher 9) organisiert.

Artillerie

In den Batterien der Artillerie werden Gefechtsgruppen gebildet und für die Nahabwehr mit Lmg., Maschinenpistolen, Panzerwurfgranaten und Handgranaten zur Sicherung des Stellungsraumes geschult.

Fliegertruppen

Bei den Fliegertruppen werden wiederum 4 Fliegerkp. auf die Wartung und Bedienung von Düsenflugzeugen, zwei Fliegerstaffeln auf Venom-Flugzeuge umgeschult. Die übrigen Fliegerstaffeln werden in einem der 6 Trainingskurse für den Blindflug geschult. Die neue Flugdienstverordnung vom 30. 12. 1955 bringt neben erhöhten Entschädigungen für die Piloten auch eine teilweise Herabsetzung des Flugtrainings. Diese Einschränkung steht im Gegensatz zu den Ausführungen der Kommission für die Überprüfung der militärischen Aufwendungen. In ihrem Bericht vom 29. 11. 1954 an den Bundesrat betonte sie die Notwendigkeit eines Minimums an Flugstunden, weil das Maß der Gefährdung weitgehend vom Trainingsgrad des Flugzeugführers abhänge. «Es ist daher notwendig, daß nicht nur viel, sondern regelmäßig trainiert wird. Verglichen mit den Piloten anderer Staaten fliegen unsere Piloten weitaus weniger.» Ein Jahr nach Veröffentlichung dieses Berichtes setzt der Bundesrat das Training unserer Piloten herab, als Kompensation für die erhöhten Entschädigungen. — Grundsätzlich soll in den WK jede Möglichkeit benützt werden, den Flugzeugbesatzungen Gelegenheit zu Truppenbeob-

achtungen und zur Zusammenarbeit mit andern Truppen zu geben. Dabei sollen die Fliegerleitoffiziere der Heereseinheiten Gelegenheit erhalten, den Einsatz von Fliegern vom Boden aus zu leiten. In den Gebirgs-WK kann ferner der Nachschub mittels Lastenabwurf durchgeführt werden, wobei namentlich die improvisierte Verbindung zwischen Truppe und Flugzeug zu üben ist.

Übermittlungstruppen

Hier tritt erstmals das aus Telegraphen- und Funkereinheiten der Armeetruppen neu gebildete Übermittlungsregiment 1 in Erscheinung.

Luftschutztruppen

Für die WK der Luftschutztruppen bestehen ebenfalls vier verschiedene Typen. Mit dem WK 1956 gelangt ein erster Vierjahresturnus der Luftschutztruppen zum Abschluß. Für das Luftschutzbataillon St. Gallen ist eine kombinierte Übung mit der Ortswehr St. Gallen und den zivilen Schutzorganisationen vorgesehen.

Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden

Mit den Ergänzungskursen des Jahres 1956 gelangt hier ein Dreijahresturnus zum Abschluß. Für die Landwehrtruppen der Heereseinheiten beginnt 1956 ein neuer Dreijahresturnus, der indessen mit dem neuen Manöverturnus nicht mehr übereinstimmt. Das hat zur Folge, daß beispielsweise im Herbst 1956 die Gebirgsbrigade 10 mit Landwehrformationen der 2. Division an den Heereseinheitsmanövern teilnehmen wird. Für die Zusammenarbeit innerhalb der Heereseinheit dürfte diese Zuweisung fremder Landwehrformationen nicht gerade förderlich sein.

Als erfreuliche Neuerung sei abschließend noch vermerkt, daß 1956 zu den Technischen Kursen der Landwehr alle Subalternoffiziere der Infanterie und der Dragonerkp. einberufen werden, die 1957 am Ergänzungskurs teilzunehmen haben. Damit gelangen nun auch die älteren Offiziere in den Genuß dieser Schulung, die den Ergänzungskurs des folgenden Jahres so wirksam vorbereitet.

Miles

Bericht aus Italien

Der in New York lebende italienische Journalist Giuseppe Prezzolini veröffentlichte kürzlich unter dem Titel: «Italien — Land der Akrobaten» nach einem Besuch in seiner Heimat einen Artikel, worin er seinen Landsleuten hohes Lob für ihre Kunst zollte, die Verkehrsschwierigkeiten so spielend zu meistern. Man darf dieses Urteil füglich auch auf die politische Arena anwenden. Die Inland-Italiener sind zwar meistens bescheidener: die Tatsache, daß ihre nationalen

Dramen nach oft tragischen Episoden doch beinahe stets mit einem happy end schließen, pflegen sie dem «stellone», ihrem großen Glückstern zu verdanken. Und wirklich, durchgeht man in Gedanken die

innenpolitischen Ereignisse

der vergangenen sechs Monate, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Italien ein Sonntagskind ist.

Der Sturz des frühern Ministerpräsidenten Scelba im vergangenen Sommer löste weitherum schwere Bedenken aus, denn bei allem Immobilismus seiner politischen Linie fühlte man sich unter seiner starken Hand geborgen. Nicht umsonst war er, und ist es heute noch, die besondere Zielscheibe der kommunistischen Haßpfeile, haben ihm doch Togliatti und Konsorten seine unbeirrbare, schlagkräftige Verteidigung der Demokratie nie verziehen. Sollte Italien je wieder in eine akute Überrumpelungsgefahr geraten, dürfte er ein eklatantes «come back» erleben. Sein viel weicherer, diplomatischerer Nachfolger, der Sardinier Segni, welcher wegen der seinen Namen tragenden Landreform den meisten Italienern schon lange bekannt war, leitete eine dynamische Innen- und Sozialpolitik ein, wodurch viele seit Jahren eingefrorene Gesetzesprojekte aufgetaut und verwirklicht wurden. Weisen wir u. a. auf die endliche Konstituierung des Verfassungsgerichtshofes hin, ebenso auf die Neuordnung der Militärgerichtsbarkeit, die große Steuerreform (perequazione tributaria), die mit beträchtlichen Salärerhöhungen verbundene Neugestaltung der Staatsverwaltung, das vor dem Abschluß stehende neue Wahlgesetz für die im Frühsommer fälligen Administrativ-Wahlen etc.

Bei aller Berücksichtigung der Möglichkeit gefährlicher finanzieller Rückwirkungen einzelner Parlamentsbeschlüsse muß man doch anderseits einsehen, daß eine weitere Verschleppung dieser schon längst überfälligen Reformen sehr bedenkliche Folgen hätte haben können. So kann sich z. B. auf die Dauer kein Staat den Luxus leisten, die Jugenderziehung einem völlig ungenügend salarierten Lehrerstand anzuvertrauen, der aus seiner wirtschaftlichen Notlage heraus in ständiger Opposition zur Regierung steht. Man kann auch nicht umhin, den Streik der Börsenmakler nach Annahme der Steuerreform als ein höchst fragwürdiges Erpressungsmanöver zu betrachten, denn daß der Staat endlich jenen Spekulanten das Handwerk legen will, die seit Jahren ihre großen Gewinne aus Terminoperationen steuerfrei ins Trockene zu bringen verstanden, ist ein Gebot selbstverständlicher Gerechtigkeit.

Es waren wohl in erster Linie Bedenken finanzieller Art, die bei vielen dieser Abstimmungen weite Kreise der vier Koalitionsparteien (Christliche Demokraten, Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner) veranlaßten, sich entweder der Stimme zu enthalten oder sogar gegen die Regierungsvorlagen zu stimmen, die denn auch mehrere Male nur mit den Stimmen der Linksopposition zur Annahme gelangten. Aus diesem Grunde mehrten sich gegen den Spätherbst hin die Gerüchte über den nahen Zerfall des Regierungslagers, um so mehr, als in dessen Hauptpartei, der Democrazia Cristiana, die Spannung zwischen dem rechten und linken Flügel in unverminderter Stärke weiterbesteht. Diese Gefahr scheint uns für die nächste Zukunft gebannt, haben doch

zwei wichtige Parteikongresse,

die kürzlich stattgefunden haben, die Wünschbarkeit einer Fortsetzung der Viererkoalition ausdrücklich bestätigt. Und daß es ausgerechnet die Liberalen am rechten Allianzflügel und die nach links tendierenden Sozialdemokraten am andern Ende

waren, die diese Bündnispolitik trotz allen Rückschlägen bekräftigten, betrachten wir als ein ausgesprochenes Positivum. Die Absplitterung Carandinis und Villabrunas von der liberalen Mutterpartei dürfte keine weitergreifenden Folgen haben, und die klare Stellungnahme Saragats und Ammendolas am sozialdemokratischen Parteikonvent, gegen den nach wie vor mit den Kommunisten verbündeten und in ihrem Fahrwasser schwimmenden Linkssozialismus Nennischer Richtung wirkte ausgesprochen klärend im ganzen Regierungslager. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die demokratische Koalition geeinigt auch in den kommenden Wahlkampf ziehen und dem Ansturm der faschistischen und marxistischen Opposition gewachsen sein. Nachdem der Abbröckelungsprozeß in den kommunistischen Betriebsräten weitergeht, dürfte — gesamthaft betrachtet — kein Erdrutsch nach links zu erwarten sein, zumal die sowjetische Politik der letzten Monate kaum dazu angetan war, den Glauben der Naiven an ihre Lammfrömmigkeit zu verstärken, welche Gefahr kurz nach dem Genfer Treffen auf höchster Ebene ja auch in Italien deutlich bestand. Dies führt uns zur

Außenpolitik.

Auch diese ist seit einigen Monaten deutlich in Fluß geraten. Mit Genugtuung hat die öffentliche Meinung Italiens die Aufnahme in die UNO vermerkt, die ja längst überfällig war. Man ist aber bestrebt, auch eigene Initiativen zu entwickeln. Dazu gehören die kürzlichen Reisen des Außenministers Martino nach dem Fernen Osten, die vorab handelspolitischen Interessen gewidmet waren. Ein wichtiges Ereignis war der Besuch des Ministerpräsidenten Segni mit Minister Martino in Bonn. Man wird wohl mit der Annahme nicht ganz fehl gehen, daß die Bundesrepublik Deutschland und Italien angesichts der französischen Ohnmacht und der weltweiten Engagements der Vereinigten Staaten und Großbritanniens den Wunsch hegen, kraft der Vitalität ihrer zukunftsgläubigen Völker die kontinentale Integration intensiv voranzutreiben und die Rolle der «primi inter pares» im freien Europa zu übernehmen. Wer sieht darin nicht eine gewisse Parallelität zur ehemaligen Achse Berlin - Rom?

Auf alle Fälle wird mit einer stärkeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Länder zu rechnen sein, die sich nicht nur auf deutsche Investierungen in Süditalien, auf vermehrten kulturellen Austausch und Beschaffung von Arbeitsplätzen für italienische Industrie- und Landwirtschaftsarbeiter in Deutschland beschränken dürfte. Ein dadurch hervorgerufener Prestigegewinn Italiens im Mittelmeerbecken mag dem nicht mehr mit dem Odium des Kolonialismus und Imperialismus belasteten Lande vermehrte Sympathien und Vermittlungsmöglichkeiten verschaffen, die sich erst in den Konturen abzuzeichnen beginnen.

Die auf Ende Februar vorgesehene

Amerikareise des Staatspräsidenten Gronchi

dürfte die ohnehin warmen Beziehungen zwischen den beiden befreundeten Ländern noch weiter fördern. Der hohe Besuch kann einer sehr herzlichen Aufnahme gewiß sein, stehen doch wahrscheinlich republikanische Wahlüberlegungen angesichts der starken italienischen Volksgruppe, die bis anhin mehrheitlich demokratisch stimmte, der Einladung zum Teile wenigstens zu Gevatter. Offensichtlich besteht in Washington auch der Wunsch, durch eine besondere Kordialität des Empfanges den die Atlantikpolitik stützenden Kreisen Italiens, also praktisch allen vier Regierungsparteien, angesichts der kommenden Gemeinderatswahlen den Rücken zu stärken. Obwohl man in den verantwortlichen amerikanischen Regierungskreisen kaum je

der Verdächtigungskampagne einer gewissen Sensationspresse gegen Gronchi Glauben geschenkt haben dürfte, wird man die Gelegenheit sicher gerne beim Schopfe packen, um dem hohen Gaste den nur in einer freien, von Staatsintervention möglichst verschonten Wirtschaft möglichen hohen Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung eindrücklich vor Augen zu führen. Und vielleicht wird sich auch jemand finden, der ihm die Vorteile einer sparsameren Staatsfinanzwirtschaft erläutern kann, die in Rom so notwendig wäre.

Bei aller Anerkennung der dringenden Aufgaben verschiedenster Art kann man sich nämlich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Regierung mehrheitlich nicht vom Willen erfüllt ist, die Periode der Budgetdefizite abzuschließen. Die gegenüber dem Vorjahr um ca. 10% gestiegenen Ausgaben sehen erneut einen Rückschlag von über 300 Mrd. Lire voraus, der sich erfahrungsgemäß bis zum Ende des Finanzjahres noch erhöhen dürfte. Bedenklich muß auch die Tatsache stimmen, daß die Wünschbarkeit weiterer Verstaatlichungen und der Ausbau bereits bestehender Staatsmonopole wie z. B. die Petrolausbeutung nicht nur ein Dogma der Linksopposition sind, sondern auch im Regierungslager über eine sehr starke Anhängerschaft verfügen, obwohl die Staatsbetriebe Italiens mit wenigen Ausnahmen in einer argen Defizitsituation stecken. Mit neidvoller Verwunderung vermerkt man die beträchtlichen Überschüsse der staatlichen, kantonalen und städtischen Jahresrechnungen in der Schweiz.

Immerhin verlieren die Aussichten auf die wachsende Staatsverschuldung angesichts der sich

erfreulich entwickelnden Wirtschaftslage

etwas von ihrer Gefahr, obwohl nicht abzustreiten ist, daß sich seit einigen Monaten eine leichte Inflation bemerkbar macht. Der Rücktritt des bisherigen Tresorministers Gava nach Annahme des stark defizitären Budgets durch die Kammer unterstreicht die wenig erfreuliche Lage. Einer gegenüber dem letzten Jahr um 10% gestiegenen Geldzirkulation steht ein von 11,8 auf ca. 12,5 Billionen Lire gewachsenes Volkseinkommen gegenüber. In gleicher Richtung weiteten sich auch die Industrieproduktion (Zunahme gegenüber dem Vorjahre um ca. 9%), der landwirtschaftliche Ertrag und der Außenhandel aus. Obwohl bis zur Stunde dafür noch keine definitiven Zahlen vorliegen, darf aus den Ergebnissen der ersten 10 Monate geschlossen werden, daß sich der Import und Export gegenüber dem Vorjahre um ca. 10% erhöht haben. Bei wesentlich größerem Austauschvolumen ist also das Handelsdefizit prozentual gleichgeblieben. Stark zugenommen haben die Einnahmen Italiens aus seinem Fracht- und Flugverkehr mit dem Auslande, hat es doch seine Vorkriegstonnage auf Grund seiner massiven Erneuerung der Handelsflotte mit modernen Schiffen wieder erreicht. Den Glanzpunkt im ganzen Wirtschaftssektor bildete auch im vergangenen Jahre wieder der

Tourismus.

Man rechnet mit einer zwischen 10 und 11 Millionen liegenden Besucherzahl, welche Italien einen Devisenertrag von nahezu 250 Mrd. Lire verschafft haben soll.

Es wäre interessant, genaue Zahlen über das Total des schweizerischen Beitrages an die italienische Devisenbilanz zu kennen. Schätzt man die Ausgaben der schweizerischen Touristen in Italien auf 100 Mio. sfrs., die Zeichnung italienischer Anleihen auf ebensoviel, und den Ersparnistransfer der weit über 100 000 italienischen Arbeitnehmer in unserem Lande auf mindestens 50 Mio. sfrs., so darf sich die kleine Schweiz damit sehen lassen. Der schweizerische Apport dürfte nur von demjenigen des dreißigmal volksreicheren Amerika übertroffen werden!

Peregrinus

Bericht aus Rumänien

Am 30. Oktober 1954 trafen Delegierte aus Übersee zum II. Kongreß der «Rumänischen Arbeiterpartei» (RAP) auf dem Bukarester Nordbahnhof ein, um zu erfahren, daß der kommunistische Parteitag Rumäniens zum drittenmal — drei Tage vor Beginn — verschoben worden sei. — Die offizielle Begründung für diesen erstaunlichen Aufschub — die Einbringung der (ohnehin schwachen) Ernte sei verzögert worden, glaubte niemand. In Wirklichkeit war inzwischen der schon zweimal vertagte rumänische Parteikongreß dem Ende des «Neuen Kurses» und der «Wachtablösung» Malenkow-Chruschtschews zeitlich so nahe gerückt, daß allein deswegen die neuerliche Verzögerung erst recht geboten erschien.

Vom «Kollegialsystem» zur Einmann-Diktatur

Fehlplanungen, wie z. B. das aufgegebene und seither totgeschwiegene Großvorhaben des Donau-Schwarzmeer-Kanals (unter dessen 450 000 «Freiwilligen» auch Abertausende politischer Sträflinge mitgearbeitet hatten), die beharrliche Minderleistung der Landwirtschaft, die Mängel der dörflichen Parteiarbeit und die unzulängliche Plankontrolle hatten seit 1953 wachsende Kritik hervorgerufen. Vor allem aber bewirkte das damalige Vorbild des Kreml-«Kollektivs» im Juni 1954 eine Umrangierung der obersten Staats- und Parteiränge: *Gheorghe Ghiorghiu-Dej* verzichtete unter Beibehaltung der Ministerpräsidentschaft offiziell auf die Stelle des ersten ZK-Sekretärs. Dem neu ernannten ZK-Sekretär, Gheorghe Apostol (Apostoloff, bulgarischer Herkunft) wurden gleich mehrere Mit-Sekretäre der «jüngsten Garde» beigegeben. Dieses «linientreue» Kollektiv des Parteisekretariates der RAP aber sollte «unter Anleitung des Politbüros» fungieren, d. h. unter der gewohnten «alten Garde». In der Folge erwies sich die besetzungsmäßige Abwertung der Parteiorganisation gegenüber der Staatsführung, das parteiamtliche Doppel-«Kollektiv» mit dem eigentlichen Machtträger, Gheorghiu-Dej, im Hintergrund, als unglückliche Lösung.

Das vorjährige Juni-Abkommen zwischen Moskau und Belgrad ließ die Vormachtstellung des exponierten «Antititoisten» Gheorghiu-Dej noch einmal zweifelhaft erscheinen. Nicht ohne Grund veranstalteten z. B. die Bukarester Großbetriebe Mitte August 1955 «Blitzmeetings», um die Überstellung einer ersten Gruppe rumänischer Flüchtlinge früherer Jahre aus Jugoslawien überschwenglich zu feiern. Am 19. August traf in Bukarest ein neuer Sowjetbotschafter ein: A. A. Jepischew, früherer NKWD-General und persönlicher Gefolgsmann N. A. Chruschtschews. Diesem Vortrab folgte drei Tage später der erste ZK-Sekretär der KPdSU selbst, der gelegentlich des 11. «Befreiungstages» der Rumänischen Volksrepublik (RVR) am 23. August in der rumänischen Hauptstadt weilte. Das Ergebnis der Besprechungen in alten Bojarenschlössern war schließlich die Bereinigung des «titoistischen» Falles der Gruppe Anna Pauker, die neuerliche Schwerpunktverlagerung und Machtballung in der RAP: Am 2. Oktober v. J. überließ der getreue Vollstrecker aller «Kurse», Gheorghiu-Dej, den Platz des Regierungschefs dem braven Helfer Chivu Stoica und übernahm wieder das Parteisekretariat, dem als zweiter ZK-Sekretär Iosif Chişinevschi (-Broidman), die «graue Eminenz» aus Husti (Karpaten-Ukraine), angehört. Den explosiven Heißsporn Gheorghe Apostol dirigierte man zurück in die vernachlässigte Gewerkschaftsarbeit. Aus den meisten Fachressorts des Kabinettes wurde von den Ministerposten die erste politische Garnitur der Parteispitze entfernt und durch bisherige, sachkundige Stellvertreter ersetzt. Auffällig wirkte bloß der Rücktritt des hochqualifizierten Heeresministers, des Armeegenerals Emil Bodnăraş, der sein Portefeuille Generalleutnant Leonte Salajan abtrat, der seine Generalsuniform ausschließlich dem Parteibuch verdankt.

Der Parteitag des «Lichterbaumes»

Ausgerechnet vom 24.—27. Dezember v. J. fand im Bukarester «Athenäum» der II. Kongreß der Rumänischen Arbeiterpartei statt und nahm durch die im Lande organisierte Versammlungswelle vielen «Werktätigen» den besinnlichen Weihnachtsfrieden. Unter den 32 ausländischen Parteiabordnungen fielen die zahlreichen Delegierten aus dem Nahen Osten auf. Dagegen fehlte selbst eine Grußbotschaft der KP Jugoslawiens. Delegationsleiter der KPdSU war A. I. Kiritschenko, erster ZK-Sekretär der Ukrainischen KP, die schon seit Jahren die «Patenschaft» für die höhere Kader- und Offiziersausbildung der RVR innehat. Knapp drei Dutzend der 398 Kongreßdelegierten der RAP hatten seinerzeit den Gründungskongreß der KP Rumäniens, 1921, die Annahme des ersten Parteistatuts im Jahre 1922, sowie die folgenden Parteikongresse 1924, 1928, 1932 miterlebt. Aber selbst die Moskauer «Prawda» bezifferte noch für 1939 die Mitgliederzahl der «Kommunistischen Partei Rumäniens» auf etwa eintausend Genossen. Auf dem nächsten Parteikongreß, im Herbst 1945, erhielt die KPR ein zweites provisorisches Statut. Ende 1947 hatte die KPR mit 750 000 Mitgliedern einen Höchststand erreicht.

Gheorghiu-Dej — der «Chruschtschew Rumäniens»

Kurz nach der lückenlosen kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 veranstaltete die KPR einen «Vereinigungs-Parteitag» mit dem linken Flügel der Sozialdemokraten, benannte sich fortan «Rumänische Arbeiterpartei» und bezeichnete diese Veranstaltung als I. Kongreß der RAP. Gheorghiu-Dej, damals schon ZK-Generalsekretär, mißtraute zu Recht der massenparteilichen Entwicklung der RAP und verfügte von 1948—1952 eine Mitgliedersperre. Die erste «Reinigung» der RAP dauerte vom November 1948 bis Mai 1950 und entfernte 190 000 «klassenfeindliche» Elemente, d. h. 20% des Parteibestandes. Ende März 1952 liquidierte Gheorghiu-Dej die «Troika» Anna Pauker-Vasile Luca-Teohari Georgescu; damit war die gefährlichste Gegenspielerin im Ringen um die Alleinherrschaft entfernt. Im Sommer 1952 folgte eine radikale «Säuberung» der mittleren Funktionärskader. Schließlich fand unmittelbar vor dem Dezember-Kongreß v. J. mit dem Umtausch der Mitgliedsbücher eine letzte Siebung der Parteigenossen statt. So konnte denn Gheorghe Gheorghiu-Dej dem II. Kongreß bloß 538 815 RAP-Mitglieder und 56 583 Kandidaten melden, unter denen es 76 000 Parteifunktionäre gibt. Ein durchschlagender Säuberungs-Erfolg! Bezogen auf die Gesamtziffern der jeweiligen Staatsbevölkerung weist sogar die KPdSU einen anteilmäßig höheren Prozentsatz des Parteibestandes auf als die RAP mit 3,4% von 17 309 000 Einwohnern — zu schweigen von dem weit günstigeren Verhältnis in den übrigen Volksdemokratien (CSR 11,2%, Ungarn 17%). Vom Tätigkeitsbericht bis zur Schlußansprache des II. RAP-Kongresses beherrschte der erste ZK-Sekretär, Gheorghe Gheorghiu-Dej, mit der Aura des unbestrittenen Diktators die Szene. Alle übrigen Redner brachten im Grunde nur Wiederholungen seines Hauptreferates. Gheorghiu-Dej beschuldigte die liquidierte «Troika» Anna Paukers der «fraktionistischen, parteifeindlichen Rechtsabweichung», obwohl gerade er selbst für viele den Hoffnungsstern eines «nationalen Kommunismus» rumänischer Prägung abgibt.

Die Gewaltleistung des ersten Fünfjahrplanes

Die Vollzugsmeldung über das erste rumänische Planjahrfünft (1951—1955) und die Leitziele für die zweite Planperiode — die dem sechsten Fünfjahrplan

der UdSSR nicht bloß zeitlich, sondern sogar steigerungsmäßig «gleichgeschaltet» wurde — bildeten das wesentliche Thema dieses Parteitages.

Angeblich konnte während der ersten Fünfjahrplanzeit eine Steigerung der Reallöhne um 28% und eine zufriedenstellende Bedarfsdeckung erreicht werden. Die Stichhaltigkeit dieser Behauptung ermißt man an den nachfolgenden offiziellen Feststellungen: 1951—1955 betrug der Wert der Kapitalinvestitionen 63 Mrd. Lei (Ostkurs: 1 $ = 11,20 Lei; Budgeteinnahmen 1954: 40,8 Mrd. Lei). Durch Verdreifachung der Industriearbeiterschaft auf ca. 1,3 Mill., zahlreiche technische Neuinstallationen, obligate Überstunden erhöhte sich zwar in dieser Planperiode die Brutto-Industrieproduktion um etwa das 2,2fache. Dagegen konnte die geplante Produktivitätssteigerung von 75% bloß mit 47,7% verwirklicht werden; an Stelle der erhofften Senkung der Gestehungskosten erfolgte in wichtigen Industriezweigen sowie in der Staatsgüterwirtschaft sogar eine Verteuerung der Produktion gegenüber 1950. Die teilweise zugegebene «Nichterfüllung» und mindere Qualität der Bedarfsgütererzeugung, die weitgehende Rohstoffabhängigkeit, besonders der einseitig forcierten Schwerindustrie (Erze, Kohle, Koks, NE-Metalle, Rohbaumwolle usw.), hohe Lieferverpflichtungen des Außenhandelsmonopols bezeugen abschließend, daß der «Sturmlauf» der Industrialisierung mit dem Druck auf die Lebenshaltung ausgeglichen wird. Die geplante schwerindustrielle Investitionsrate von 42,1% wurde mit 50,6% überboten, die Leichtindustrie erhielt statt 9,3% bloß 7,4% des Investitionsanteils. Der Anteil der Industrie und Landwirtschaft an der Gesamtproduktion verhält sich etwa 70:30. Schwerindustrie- und Bedarfsgütererzeugung erreichen zurzeit das Prozentverhältnis 64:36.

Die bisher höchste Nachkriegsernte an Getreide, 1954/55, von «fast» 12 Mill. t (1954: 9 Mill. t) übertraf den Vorkriegsstand (1938: 11,245 Mill. t). Immerhin verwirklichten «kapitalistische» Landwirtschaften des Westens innert der Zeitspanne durchschnittliche Ertragssteigerungen von 50% und mehr. Bis 1955 wurden 35,2% der landwirtschaftlichen Nutzflächen «sozialisiert», während die Zahl der Kollektivbauern bloß 11,3% der landwirtschaftlichen Bevölkerung beträgt. Die von Gheorghiu-Dej als «zahlenmäßig stärkste kapitalistische Klasse» Rumäniens bezeichneten «Chiaburen» (Kulaken) betragen 2% der bäuerlichen Bevölkerung. Somit richtet sich die Absicht des Regimes, bis 1960 etwa 60—70% der Bauernwirtschaften zu «sozialisieren», gegen 45,2% «individueller» Klein- und 40,5% Mittelbauern (0,5 bis 10 ha). Sie also sind das Angriffsziel des «Klassenkampfes auf dem Dorf». Die folgende Tabelle dokumentiert mit der bisherigen «Nichterfüllung» wichtiger Planziele zugleich auch die leistungsmäßige Überforderung der «Werktätigen»:

Erzeugung (1000 t)	1950 Produktion	1955 Leistung (Soll)	1960 Planziele
Strom (1000 kWh)	2,113	4,300/4,700	7,500–8,0
Rohöl	5,047	10,575/10,0	13,536
Kohle	3,890	6,200/8,0	11–11,6
Eisenerz	0,392	0,600/0,7	1,530
Hüttenkoks	0,120	ca. 0,400/0,7	ca. 2,0
Gußeisen	0,320	0,575/1,0	1,3
Rohstahl	0,555	0,765/1,25	1,5–1,65
Walzwerkerzeugnisse	0,459	0,567/0,8	1,071
Zement	1,028	2,000/2,7	—
Leder-, Gummi-, Leinenschuhe (1000 Paar)	11,212	17,700/21,000	28,0
Zucker	87,200	135,000/278,0	297,0

Auf dem Weg zur «koexistentiellen» Legalität

Auch für die Rumänische Volksrepublik bedeutete die Aufnahme in die UNO am 8. Dezember v. J. einen unverhohlenen Triumph in dem Streben einer Diktatur nach völkerrechtlicher Legalität. Dieser Zielsetzung diente u. a. am 16. Juni v. J. ein Amnestieerlaß für «Rückkehrer» aus dem Westen und am 8. September v. J. ein Gnadenerlaß für Häftlinge. Auch die Begnadigung z. B. des liberalen Kollaborateurs von 1944—1947, Gh. Tătărescu, die Haftentlassung und Loyalitätserklärung des Nachkriegs-Sozialdemokraten Titel Petrescu, die plötzlich entdeckte Liebe des Regimes für einen Neffen des greisen Führers der nationalen Bauernpartei, Iuliu Maniu, der im letzten Herbst im Gefängnis starb, Staatspreise für «bourgeoise» Gelehrte und Künstler sollen für eine innenpolitische «Auflockerung» Stimmung machen. Dessenungeachtet hat sich weder an dem Regime noch an seinen Methoden etwas geändert.

Kurz vor dem II. RAP-Kongreß verkaufte die UdSSR der Bukarester Regierung den 1945 beschlagnahmten Aktienanteil der Erdölindustrie. Damit sind die Sowjets gesellschaftlich nur noch an der beträchtlichen Uranerz-Ausbeute in der Maramuresch und Südbukowina beteiligt. Sogar einen Grenzstreifen im nordöstlichen Gebiet von Storojinetz gab die UdSSR der RVR zurück.

Spürbare Unzufriedenheit und Widerstand gegen das System verzeichnet man heute weniger unter den Intellektuellen; dagegen hat sich die Haltung der Arbeiterschaft versteift. Als ein Herd der Resistance gilt vornehmlich das überwiegend «vergenossenschaftete» Handwerkertum und — nach wie vor die Bauernbevölkerung. Niemand wird sich indessen darüber täuschen, daß im Zeichen der gegenwärtigen «Koexistenz» eine wirksame Willensentscheidung der Bevölkerung gegen das kommunistische Regime undenkbar ist.

Readiness to yield, to compromise, love of peace at any cost, and the lack of unity on the part of the West have for an entire decade supplied Moscow with major trump cards which it has plaid so masterfully as to be able today to confront the whole world with a claim to superiority.

Eastern Europe's Monitor
Nummer 2, Februar 1956